

Inhalte und Strategie nach vorn stellen – Reformalternativen sichtbar machen

Von Luise Neuhaus-Wartenberg*, Mathias Klätte** & Dominic Heilig*

Was ist eigentlich passiert, dass sich unsere Partei wieder in sattsam bekannter Leidenschaft selbst zerlegt und dadurch notwendige gesellschaftliche Debatten wieder einmal hinter Zahlenspielen und Proporzgeschachere zurücktreten? Diese fast schon zur Normalität gewordenen Abläufe des Lancierens und Kommunizierens über die Presse, statt Probleme erst einmal intern auf den Tisch zu packen und Lösungen zu suchen, scheinen bei uns in der LINKEN Alltag geworden zu sein. Wir vergeben uns zu viel, wenn wir das weiter so laufen lassen. Das *mediale Hallo* seitdem ist verheerend. Zu recht.

Unser Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Matthias Höhn legte dem Parteivorstand verabredungsgemäß am 18. und 19. September 2016 seinen *ersten* Entwurf für eine gemeinsame Wahlstrategie vor. Diese wurde im Kern wegen eines Halbsatzes, nämlich einem für eine Mehrheit des Parteivorstandes zu positiven Bezuges auf eine rot-rot-grüne Option nach der Bundestagswahl, abgelehnt. Unser Eindruck hingegen war, dass nur eine Minderheit das gesamte Papier auch gelesen hatte und bereit war, darüber ernsthaft zu diskutieren. Dann wäre dieser Mehrheit auch aufgefallen, dass dort klare *Haltelinien* für eine solche Option aufgeführt waren.

Der Parteivorstand hatte es aber abgelehnt, den Entwurf des Bundeswahlkampfleiters für eine Wahlkampfstrategie auch nur weiter zu diskutieren oder zu qualifizieren. Dabei benötigen wir dringend diese inhaltlich-strategische Debatte, nicht nur angesichts *aller* Wahlergebnisse in 2016 für unsere und *andere* Parteien.

Was, um alles in der Welt reitet uns, eine Wahlstrategie ohne gewichtige Gründe, in dieser Art und vor allem ohne Idee nach einer praktikablen Alternative, abzulehnen? Und wie ist es möglich, dass wir es als LINKE Partei zulassen, dass scheinbar ein persönlicher Feldzug gegen Einzelne angemessener scheint, als die politische Auseinandersetzung in der Sache. Was ist das für eine innerparteiliche Debattenkultur?

Strategiedebatte dringend notwendig

Wenn jetzt gesagt wird, wir sollten zunächst über unsere Strategie reden – was wir ausdrücklich begrüßen – muss auch benannt werden, warum dies bislang nicht möglich war. Offensichtlich eint große Teile der Führungsgremien immer noch der gemeinsame Feind, nicht aber die gemeinsame Idee. Das wird auf Dauer schief gehen und die Debatten innerhalb des Parteivorstandes ließen bislang nicht auf Besserung an dieser zentralen Stelle hoffen.

Wenn jetzt durch Landes- und Parteivorsitzende gefordert wird, dass die Partei gefragt sei, so ist ihnen zuzustimmen. Aus unserer Sicht können damit aber nicht die Gremien *allein* gemeint sein, denn eines ist für uns klar: insbesondere der aktuelle Parteivorstand hat in puncto Wahlstrategie wenig gegläntzt, von der Auswertung der Landtagswahlen ganz zu schweigen. Diesem nun die Verantwortung allein zu überlassen, halten wir für wenig zielführend, mäßig mobilisierend und nicht demokratisch. Wir, die Partei und ihre Mitglieder sollten diskutieren, streiten und über Optionen und Ideen befinden. In diese Auseinandersetzung wollen und müssen auch wir uns begeben.

Reformer*innenlager muss Debatte herausfordern

Ja, man kann nicht behaupten, dass die aktuellen, öffentlich zelebrierten Auseinandersetzungen in unserer Partei, die vielfach auf der Personal- und weniger auf der inhaltlichen Diskursebene geführt werden, das Forum Demokratischer Sozialismus (fds) und das Reformlager insgesamt nicht auch kräftig geschüttelt hätten. Das Forum ist nicht *DAS* Reformer*innenlager, aber zumindest ein organisierter Teil dessen. Und als solches plädieren wir gerade angesichts der aktuellen Situation für eine inhaltliche und strategische Debatte. Alles andere muss sich diesem, unserer Meinung nach unterordnen.

Es macht wenig Sinn den Versuch zu unternehmen, für eine moderne, sozialistisch-demokratische Politik zunächst in der LINKEN und dann im Parteienwettbewerb 2017 zu streiten, wenn sich zuvor das Reformer*innenlager entlang inhaltsleerer und formaler Streitereien selbst von Inhalten lossagt. Wir müssen gemeinsam und durch Diskurs, das zumindest haben die Auseinandersetzungen in den vergangenen Tagen deutlich gemacht, mit unseren Inhalten stärker in die Partei eindringen, vor allem dort, wo diese schmerzlich vermisst werden. Die inhaltlichen Differenzen sind dabei zunächst unter uns zu benennen und produktiv aufzuarbeiten, um sie im Anschluss gewinnbringend für die Partei zu diskutieren. Dafür haben wir, als Angebot an die gesamte Partei, auf unserer letzten Bundesmitgliederversammlung Ende Juni einen Leiter unserer Programmkommission gewählt. In den kommenden Wochen wollen und werden wir die Initiativen und Ideen von Genoss*innen und Sympathisant*innen unserer Partei miteinander diskutieren und für die Wahlprogrammdebatte aufbereiten. Ein zentraler Ort für eine solche Debatte bildet auch in diesem Jahr unsere fds-Akademie vom 25. bis 27. November in Leipzig, zu der *alle* Interessierten eingeladen sind. Wir müssen viel konzentrierter als bisher die inhaltlich-strategische Debatten herausfordern.

Vor einiger Zeit haben wir uns in diesem Zusammenhang für eine *dritte Erneuerung* unserer Partei ausgesprochen. Wir befürchten noch immer, dass viele den Ernst der Lage, den ersten, zweiten oder dritten Schuss vor den Bug nicht recht vernommen haben.

Um ein paar Analogien zur Debatte im „Forum zweite Erneuerung“ 2002 nach dem Geraer Parteitag in der PDS zu nutzen: Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt war der erste Schuss, Mecklenburg-Vorpommern, aber auch Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz der zweite vor den Bug. Wir haben die drohenden Niederlagen als Partei nicht sehen und später nicht analysieren wollen. Unsere Imagefelder - soziale Gerechtigkeit, Friedens- und Ostpartei (SAN & M-V) - sind vielfach *nur abstrakte Begriffe ohne Inhalt* gewesen. Ja, DIE LINKE hat, wie 2002 die PDS, aus unserer Sicht 2017 nur eine Chance, wenn sie neu ausgerichtet wird, wenn wir eine zeitgemäße Erzählung finden und die Menschen damit ansprechen. Mit einfachen Merksätzen, die in Ost und West, Nord und Süd, auf dem Land und in der Stadt, bei all den vermeintlichen Milieus verfangen, die uns angeblich zugeneigt sind oder die wir glauben ansprechen zu können, ist es nicht mehr getan.

"Sozialismus als gemeinsamer Bezugspunkt der Mitglieder begründe sich derzeit aus der Sozialisation, aber nicht aus einer gemeinsamen Klärung, was demokratisch-sozialistische Politik sei“, erklärte 2002 Thomas Falkner. Nicht weiter sind wir heute. Wir müssen uns endlich den gesellschaftlichen Problemen wie dem demographischen Wandel und der veränderten Krise der sozialen Sicherungssysteme, der veränderten Krise der repräsentativen Demokratie als Ganzem neu stellen. Dietmar Bartsch sagte damals treffend: "Die PDS hat sich zu Tode gesiegt." Nach 1999 hätte sie es nicht geschafft, inhaltliche Debatten über ihre Politikangebote zu führen und Bezugspunkt gesellschaftlicher Bewegungen zu werden. Gleiches kann man für die Zeit nach 2009 für DIE LINKE festhalten. Debatte darüber? Unerwünscht, gedeckelt, Mehltau überall.

Wenn insbesondere eines aus den Analysen der Wahlergebnisse unserer Partei in diesem und im vergangenen Jahr zunächst als Erkenntnis bleiben muss, dann die Tatsache, dass wir unterschiedliche, regionalisierte Wahlkämpfe 2017 führen müssen. Es gab Verschiebungen in der Wählerschaft die gravierend sind. Erkennt man dies an, bekommt man auch eine andere Debatte in der Auseinandersetzung mit der AfD. Einige in unserer Partei meinen, auf die eine oder andere Art, dieser Wähler*innen entreißen zu können. Nun: Klar ist, dass es richtig ist, zunächst einmal keinen Wähler und keine Wählerin zu ignorieren, genauso wie keiner der hier lebenden Menschen durch eine Partei ignoriert werden darf. Gleichzeitig, und das muss im Grunde der erste Satz hier sein, muss eine Partei den Bürger*innen mit eigener Haltung und Inhalten begegnen. Für uns heißt das, Menschen für unsere Idee von Gesellschaft überzeugen, begeistern und nicht Inhalte oder Attitüden an jede*n anpassen. Zum zweiten gehört in die Auseinandersetzung mit der AfD auch mit der Mär aufzuräumen, was statistisch belegbar ist, dass wir weitgehend um dieselben Wähler*innengruppen konkurrieren. Dem ist nicht so, denn wir als internationalistische LINKE können Wähler*innen nicht in ihrem „Widerstand gegen Modernisierung und Multikultur“, gegen eine offene und demokratische Gesellschaft abholen, indem wir diesen Widerstand in einen sozialen, gegen „vermeintliche materielle und soziale

Zurücksetzung“ umdeuten.¹ Nur noch in Bezug auf einen geringen Anteil von Wähler*innen stehen wir in Konkurrenz mit der AfD. Diese leben eher auf dem Land, eher im Osten als im Westen und sind eher älter als jünger. Zuwächse erhielten wir aber zuletzt in Städten, bei Jüngeren, in bildungsnahen Schichten, bei Migrant*innen, bei Menschen, die bisher Piraten, SPD oder Grüne gewählt haben.² Und selbst aus dem Nichtwähler*innenlager können wir Zustimmung ziehen, wenn wir Haltung zeigen und neue, nachvollziehbare und lebensnahe Ideen in den Mittelpunkt unserer Kommunikation und Politik stellen.

Einen urbanen auf der einen und einen anders pointierten Wahlkampf in der Fläche zum anderen zu führen, bedeutet auch, zu einem spezifischen Ostwahlkampf in den neuen Bundesländern zurückzukehren, der zusammenbindet und nicht weiter entfremdet. Doch während eine Analyse ausbleibt und lieber darüber gestritten wird, dass uns die „Falschen in Berlin“ gewählt hätten, wird gleichzeitig unterlassen, dort unterstützend tätig zu werden, mitzudenken und mitzugestalten, wo DIE LINKE jeden Tag beweist, dass sie einen Gestaltungsanspruch und eine Gestaltungsidee entwickeln will und kann. In Thüringen und Brandenburg in Regierungsverantwortung, in den Kommunen, Bürgermeisterstuben und den Landratsämtern, die wir nach hartem Kampf erringen konnten. Nicht wenige in unserer Partei, und das ist das nächste Problem, hoffen sogar insgeheim darauf, dass DIE LINKE in Regierungen, in übernommener Verantwortung einen mitbekommt, nach dem Motto: Es gibt ja kein Richtiges im Falschen. Dem müssen wir aus dem Reformier*innenlager ein anderes Narrativ gegenüberstellen, in Wahlprogramm und –strategie und durch unsere tägliche Arbeit. Dies aber kann uns nur gemeinsam gelingen.

Für einen Mehrheits- und Politikwechsel 2017

Die Debatte um eine Bündnisoption zwischen SPD, Grünen und LINKEN, die mit Argusaugen von Vertreter*innen der reinen Lehre überwacht und von diesen in den letzten Jahren vielfach – meist über persönliche Angriffe – öffentlich torpediert wurde, schien auf Eis zu liegen. Die Gründe dafür sind vielfältig, zu einfach wäre es jedoch, dies an den fehlenden inhaltlichen Schnittmengen festzumachen. Diese gibt es. Mehr noch, man kann davon ausgehen, dass in den Landesparlamenten, in denen es sich gerade die AfD gemütlich einzurichten versucht, inhaltliche Schnittmengen und Zusammenarbeit, nicht nur zu den Themen Geflüchtete, Demokratie und Zivilgesellschaft zunehmen werden, zunehmen müssen, will man der AfD nicht das Feld überlassen. Das realistische Szenario eines Einzuges der AfD in den Bundestag, gekoppelt mit der Krise der Volksparteien, sollte uns nicht unvorbereitet treffen. Bereits jetzt ist festzustellen, dass die Konkurrenz auf der rechten Seite eine immense Druckwirkung

¹ Vgl. Schulze, Tobias: Kommentar im sozialen Netzwerk „Facebook“ vom 4. Oktober 2016

² Vgl. ebd.

auf die Programmatik und politische Praxis der CDU/CSU hat und deshalb davon auszugehen ist, dass diese weiter zunimmt.

Wäre dies nicht eine Situation, #r2g wieder neu zu denken?

Machen wir es uns doch nicht zu einfach und lassen uns andauernd von alten Männern – und dies auf allen Seiten – erklären, weshalb das alles nicht ginge. Klaus Lederer hat völlig recht damit, wenn er bemerkt, dass es eben keine erfolversprechende Strategie sei, „sich regelmäßig seiner Alleinstellungsmerkmale zu versichern und sich dafür zu preisen, dass die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit flöten geht.“ Unsere Gesellschaft ist nun mal kein einheitlicher Block, Menschen die hier leben sind nicht standardisiert, sie haben unterschiedliche Ansprüche und Erwartungen. Eine Demokratie lebt deshalb nun mal vom Kompromiss. Wenn man dazu nicht bereit ist, ist in Parlamenten für uns kein Platz und zu Ende gedacht, müsste man dann demnächst auch nicht mehr zu Wahlen antreten.

Dass wir in unserer Partei aber auf das Gegenteil, also die auch parlamentarisch zählbar untersetzte Verschiebung von Mehrheiten nach Mitte-Links kaum vorbereitet sind, haben vor kurzem Gerry Woop und Horst Dietzel in einem Beitrag herausgearbeitet: „Kaum hat Sigmar Gabriel (SPD) vor dem Hintergrund zunehmender Rechtsentwicklung mit Verweis auf die gesellschaftspolitische Großwetterlage in Deutschland eine Kooperation progressiver Kräfte im Kampf um die Republik eingefordert, gerät DIE LINKE unter Druck. So stabilisierend der breite Pluralismus in der Opposition gerade für eine systemkritische Partei links der Sozialdemokratie ist – die Erfolge des Rechtspopulismus bringen neue Herausforderungen und zugleich alte Fragen mit großer Wucht auf den Tisch.“³

Im Frühjahrspapier *Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie* hatten die beiden Parteivorsitzenden festgestellt, dass es kein linkes Lager der Parteien gebe. SPD und Grüne werden durch viele in der LINKEN traditionell als neoliberal gekennzeichnet. DIE LINKE bilde, so kann man in dem Frühjahrspapier weiterlesen, zusammen mit anderen, außerparlamentarischen Kräften das Lager der Solidarität. Es wurde eine *Revolution der sozialen Gerechtigkeit* ausgerufen. Aktuell jedoch wird in unserer Partei wieder verstärkt, auch durch die Parteispitze, über das *Für* eines rot-rot-grünen Bündnisses diskutiert. Der logische Bruch zum Frühjahrspapier fällt dabei nur wenigen auf.

„Notwendig wäre ein deutliches Signal, dass es heute (übrigens nicht erst seit der deutlichen Rechtsentwicklung) nicht um die Überwindung des Kapitalismus oder primär um den demokratischen Sozialismus geht, sondern um die Sicherung der Demokratie und eine Richtungsänderung der Gesellschaft zu mehr Gerechtigkeit und Solidarität. Dafür braucht es breit angelegte Bündnisse.“, heißt

³ Vgl. Woop, Gerry/Dietzel, Horst: Gegen den Rechtsruck – offen bleiben für rot-rot-grün, in: <http://forum-ds.de/?p=1078>

es bei Woop/Dietzel dazu weiter. Dem ist aus unserer Sicht wenig hinzuzufügen. Nur eine Frage sei uns gestattet: Warum einen Gegensatz bauen, wo es doch noch gelingen kann, das außerparlamentarische Mitte-Links – oder Solidaritätslager - mit dem parlamentarischen Mitte-Links zu versöhnen und zusammenzuführen? Warum soll ein demokratisches Erneuerungsbündnis außerparlamentarisch möglich, aber im Bundestag zur Ablösung von Merkel/Schäuble/Seehofer ausgeschlossen werden oder unmöglich sein?

Wir als DIE LINKE stehen glaubhaft für eine soziale und demokratische Wende. Dafür haben wir außerparlamentarische Bündnispartner*innen und können diese nach der Bundestagswahl auch im Parlament erreichen. Dafür ist es notwendig, dass DIE LINKE selbstverständlich einen eigenständigen Wahlkampf führt – was denn auch sonst. Dafür ist es aber eben auch notwendig, deutlich zu machen, dass nur mit uns eine solche Wende gegen den Rechtstrend - der weit über Pegida, AfD und Union hinausreicht und bereits die Form eines Kulturkampfes angenommen hat – gelingen kann. Umgekehrt bedeutet das für uns aber auch, dass wir uns unserer Verantwortung auf Gestaltung nicht nur nicht entziehen dürfen. Weit mehr: Wir müssen diese offensiv formulieren und einfordern.

DIE LINKE – Angebots- oder Protestpartei

Parallel zur #r2g-Debatte hat spätestens nach den Landtagswahlen 2016 in der LINKEN eine besondere Art der Debatte eingesetzt. Diese rankt sich um die Frage, ob wir „die soziale Frage wieder in den Mittelpunkt stellen müssen“ (so als hätte DIE LINKE das nicht seit Jahren gemacht), ob wir ein Bündnis gegen Neoliberalismus benötigen und ob DIE LINKE (wieder) Protestpartei werden soll, ob ein „Weiter so, nur noch mehr und lauter“ richtig scheint, ob es Zeit wäre, Dinge grundsätzlich zu ändern.⁴

Halina Wawzyniak und Luise Neuhaus-Wartenberg schrieben im Frühjahr: „Die Gesellschaft hat sich in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten rasant verändert. Die Antworten aus dem vergangenen Jahrhundert taugen heute nur noch bedingt. Es gibt mehr Informationen, die Welt ist grauer geworden und nicht mehr nur schwarz-weiß. Viele neue Fragen stellen sich und machen zunächst nachvollziehbare Angst. Angst vor Veränderung. Auf die Veränderungen einer komplizierter gewordenen Welt helfen einfache Antworten ebenso wenig wie Linkspopulismus. Populismus jedweder Art setzt am Ende auch auf Verkürzung und Vereinfachung und ist damit anti-aufklärerisch.“

So richtig wie die Analyse ist, dass wir in den urbanen Zentren, unter jüngeren und gut Ausgebildeten als Partei zulegen, so sehr schmerzen uns die Verluste in den Flächenkreisen. Strukturen brechen weg, Mitglieder gehen (verloren), DIE LINKE ist tatsächlich nicht mehr nah bei den Menschen. „Viel zu sehr haben wir uns eingerichtet und bewegen uns in unseren eigenen Kreisen. Wir sind die Partei des

⁴ Vgl. Diese Debatte haben Luise Neuhaus-Wartenberg und Halina Wawzyniak bereits im Frühjahr mit ihrem Papier „Protest- oder Angebotspartei, das ist hier die Frage“ aufgegriffen und angestoßen, in: <http://forum-ds.de/?p=935>

Bewahrens, die Partei alter Antworten. Neuen gesellschaftlichen Entwicklungen wird mit Abwehr und nicht mit dem Wunsch, in Kenntnis der Risiken, die vorhandenen Chancen für die Entwicklung einer nichtkapitalistischen Gesellschaft auszuloten, begegnet.“⁵

Der Gründungsmythos der LINKEN als Protestpartei ist verbraucht und kann auch durch noch so radikale Phrasen nicht zurückgeholt werden. Wir sind seit elf Jahren im Bundestag, regieren in zwei Bundesländern, bald in einem dritten. Wir sind damit zu einer anerkannten politischen Partei geworden, auch in den alten Bundesländern. War der Protest und Kampf gegen Hartz IV notwendig und legitim, so muss es nun darum gehen, als Partei Ideen für eine reale und auch utopische Veränderung der Zukunft der Menschen in diesem Land und in Europa nicht nur zu entwerfen, sondern auch durchzusetzen. „Unserer Auffassung nach müssen wir die bestehende Gesellschaft weiterentwickeln. Hin zu umfassender sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe, hin zu mehr gelebter Solidarität, hin zu einer friedlichen Welt, hin zu mehr Demokratie, hin zu umfassender europäischer Verständigung, hin zu einem besseren Europa.“⁶ Dafür müssen wir eine Angebots- und Mitnahmepartei werden. Dies muss sich sowohl in unserer Ansprache der Menschen in diesem Land, als auch in unserem Programm und unserer Strategie widerspiegeln.

Einige – unverzichtbare – Reformalternativen

Arbeit und Digitalisierung

Die aktuellen gesellschaftlichen Debatten um die Digitalisierung und einer sich spätestens dadurch verändernden Arbeitswelt sind in unserer Partei noch nicht wirklich angekommen. Nach wie vor gilt das Vollzeitverhältnis, über den sich der Mensch als Teil einer Gesellschaft definiert, als das erstrebenswerte Ziel linker Politik. Dem Grunde nach muss man dahinter auch unserer Partei ein Modernisierungswiderstand gegen gesellschaftliche Veränderung attestieren. Kann das eine Antwort auf drängende Zukunftsfragen und –sorgen der Menschen in diesem Land sein? Nein, ganz sicher nicht. Wir aber wollen jenen, die Arbeit für ein wenn auch notwendiges Übel halten, zukünftig Partnerin sein. Sie kämpfen um Zeit und nicht nur um Geld. Unsere Partei strahlt jedoch eher ein traditionell gewerkschaftliches Verständnis von Arbeit aus. Jedes Papier beginnt mit *Guter Arbeit*. *Vollbeschäftigung*, *hohe Renten* durch hohe Bruttolöhne, *Lebensleistung* als (Erwerbs)Arbeitsleistung. Das sind so die Wünsche vieler Gewerkschafter*innen, auch in unserer Partei. Darin scheint so eine Romantisierung der 60/70er Jahre der Bundesrepublik. Jeden Morgen strömten Tausende von Industriearbeitern durch die Fabrikttore, vollbeschäftigt, mit steigenden Löhnen, die das Abbezahlen der Eigenheimhälfte möglich machten, und ein Auto stand selbstverständlich auch vor der Tür. Zum

⁵ Vgl. ebd.

⁶ Vgl. ebd.

Schluss standen sie am Ende eines erfüllten Arbeitslebens. Nun, diese Idylle ist für viele die Hölle. Sie ist Ausdruck eines nicht gelebten Lebens, das vielleicht noch in der Jugend stattgefunden hat, in den sechs Wochen Jahresurlaub, und am Lebensabend. Dazwischen – ausschließlich Arbeit. Es gibt mehr und mehr Leute, die mehr haben wollen vom Leben. Die deshalb in Teilzeit arbeiten wollen. Oder auch als Soloselbständige. Die unterschiedlichen Ansprüche laufen auseinander. Gesellschaft wird divers, auch in diesem Bereich. Und uns fehlt die Ansprache. Teilweise sogar das Interesse, wenn etwa Soloselbständige nicht als unsere Klientel anerkannt werden. Dieses Festhalten an einer angeblichen Kernklientel und die Vernachlässigung, ja Ablehnung neuer Schichten, hat schon etwas Religiöses. Damit werden wir die Stagnation nicht überwinden. Ja, trotz der Berlinwahl: Wir stagnieren. Eine wesentliche Ursache sehen wir darin, dass wir keine Diskussionen führen, geschweige sie zu Ende führen. Diese wird in dem Wahlprogramm- und strategieprozess aber unumgänglich.

Offene Gesellschaft & Globale Bewegungsfreiheit

Wir erleben seit einigen Jahren einen europäischen politischen Rechtsruck, der für die meisten unter dem politischen Radar lag – nun aber mit voller Macht auch bei uns angekommen ist. Sammlungsbewegungen, die nationale Einheit mit biologischer Reinheit vermengen, sind im Auftrieb, ziehen in Parlamente ein, bestimmen Diskurse. Der verständliche Wunsch nach materieller Sicherheit der Menschen wird mit Abschottung gleichgesetzt, nationale Borniertheit feiert fröhliche Urständ. *Endlich darf man wieder* hört man es aus allen Ecken. Im Kern geht es um die gesellschaftliche Auseinandersetzung zweier politischer Pole: Den Verfechter*innen einer geschlossenen Gesellschaft stehen diejenigen gegenüber, die sie offen gestalten möchten. Aber auch unbewusst bedienen wir den Diskurs der Gefahr, die z. B. von Geflüchteten ausgeht, fleißig mit, indem wir vermeintlich unverfängliche Wendungen benutzen. *Fluchtursachen bekämpfen...* Ob man will oder nicht, wird darin der Geflüchtete als Problem mittransportiert. („Aus Liebe zu MV“ ist auch so ein Slogan, der den spießigen Kleinbürger anspricht. Er behauptet eine Gemeinschaft von M-V'lern. *Aus Liebe zu M-V* kann man auch Flüchtlinge vertreiben oder die Grenzen schließen wollen. Das Wahlergebnis in M-V hat nur allzu deutlich gezeigt, dass diese Heimattümelei uns keinen einzigen Wähler bringt, sondern unsere Wähler*innen sogar demobilisiert.)

Doch wie sollen wir den Diskurs von links gestalten? Zum Beispiel damit, dass man sich nicht damit aufhält, wie Flucht zu vermeiden sei, sondern einmal mit einer linken Forderung zu Wort meldet. *Globale Bewegungsfreiheit für alle!* Das würde bedeuten, nicht nachträglich Entwicklungen kritisieren zu müssen, etwa den Aufstieg der Rechten, sondern selbst das Thema zu setzen. Und das Thema wäre ein linkes, denn es streitet um Freiheitsgewinn. Nicht die Wandernden müssen sich rechtfertigen, warum sie da oder dort leben wollen, sondern der jeweilige Staat muss gute Gründe vorbringen, die dem entgegenstehen.

Und weil der Mensch ein Mensch ist

Deutschland wird immer ungerechter. Besonders betroffen davon sind Kinder und Jugendliche. Kinder aus einkommensschwachen Familien haben weniger Chancen auf gute Bildung und damit auf einen gut bezahlten Job. Prekäre finanzielle Situationen in Familien führen zu Konflikten, Stress und Ängsten. Eine unbeschwertere, glückliche Kindheit sieht anders aus.

Besonders betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden. Ihr Risiko, armutsgefährdet zu sein, ist mit 40 Prozent deutlich höher. Nicht einmal die Hälfte aller Alleinerziehenden, in der Regel Frauen, erhält Unterhalt vom Ex-Partner. Ersatzweise wird ein viel zu geringer und zeitlich zu kurz bemessener Unterhaltsvorschuss gezahlt. DIE LINKE muss dies zu einem zentralen Inhalt in den kommenden Jahren machen. Dies ist nah den Lebenswirklichkeiten vieler, die zugleich um ihre Haushaltseinkommen und Zeit für die Familie kämpfen. Wir haben umfangreiche Punkte, wie eine Kindergrundsicherung, den zeitlichen Ausbau und die Anhebung des Unterhaltsvorschusses, die Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Kindern und die Verbesserung der Situation in den sozialpädagogischen Diensten der Jugendämter. Kinderarmut ist nicht nur ethisch, sondern auch sozial- und demokratiepraktisch eines der drängendsten Probleme. Auf der anderen Seite können immer weniger Menschen von ihrer Rente leben. Auch die privaten Gesundheitskosten sind für viele kaum noch aufzubringen. Wer das Geld nicht hat, bleibt zurück. Es entstehen in der Fläche, vor allem im Osten ganze Rentnerghettos, ohne ausreichend bezahlbare soziale und gesundheitliche Betreuung. Wer heute eine Pflegestufe benötigt, erhält diese praktisch erst auf dem Weg ins Grab.

Demokratie

Aus bitterer Erfahrung wissen wir: eine Nichtkapitalistische Alternative ist nur eine Alternative, wenn sie demokratisch ist. Demokratie für alle heißt, dass jede und jeder, die oder der es will, ohne Existenzangst und mit der dafür notwendigen Zeit direkt mitentscheiden kann, wie sich die Gesellschaft entwickelt. Wir streiten seit Jahren dafür, dass alle hier lebenden Menschen sich an Wahlen beteiligen können und auch bundesweit direkte Demokratie ermöglicht wird. Populismus wird aus unserer Sicht am besten dadurch bekämpft, dass ihm aufklärerische Politik entgegengesetzt wird. Dass die parlamentarische Demokratie anfällig für Populismus ist, zeigt sie jeden Tag. Direkte Demokratie ist nicht weniger oder mehr anfällig für populistische Politik. Sie kann aber einen Beitrag zu zivilgesellschaftlichem Engagement leisten, nämlich dann wenn die Diskussion um einen Sachverhalt fast die gesamte Gesellschaft erreicht. Eine solche direkte Demokratie verlangt aber auch Transparenz und damit klare Regelungen. Es muss offengelegt werden, wer welche Initiative mit welchem finanziellen oder sachlichen Aufwand unterstützt.

Für Demokratie unerlässlich ist Transparenz. Deshalb ist es zwingend erforderlich eine umfassendes Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz vorzulegen. Demokratie für alle ist das Angebot an alle

hier lebenden Menschen, selbst Verantwortung für politische Entscheidungen zu übernehmen. Wir sagen ihnen: Ihr werdet ernst genommen, eure Entscheidungen haben Konsequenzen. Es sind eben nicht die Politiker, die für euch entscheiden, sondern ihr. Das ist der Sinn, das Wesen von Demokratie.

Europa

Seit Jahren streitet DIE LINKE über ihr Verhältnis zur Europäischen Union (EU). Hochzeiten erlebt diese Debatte meist nur kurz vor der Erstellung eines Wahlprogramms zum Europaparlament. Dazwischen verflachen die Diskurse zu Phrasen. Der aktuelle Formelkompromiss in unserer Partei lautet, sich für einen *Neustart der EU* einsetzen zu wollen. Darunter verstehen die einen, sich aktiv und intervenierend mit einer Veränderung der EU auseinanderzusetzen. Andere stricken an einem *Plan B*, dem Austritt aus der Gemeinschaftswährung *Euro* oder der Zerschlagung der EU. Im Hinblick auf die Bundestagswahlen aber ist eine Klärung unserer Positionen in der Europapolitik dringend notwendig. Wir alle haben gesehen, wie schnell der griechische Frühling zum kalten Herbst wurde. Linke Regierungen in EU-Staaten, zumal unter dem Diktat der Troika, sind in ihren Gestaltungsmöglichkeiten limitiert. Auch deshalb hieß es aus unserer Partei immer, dass sich die Mehrheitsverhältnisse in dem Kernland Europas, in Deutschland, ändern müssen, um eine andere Politik gegen Austerität und innere wie äußere Aufrüstung europaweit möglich zu machen. Wenn wir also für andere, progressive Mehrheiten in Deutschland auch zur Änderung der Politik in der EU ringen, müssen wir auch sagen, wie denn dann unsere EU-Politik aussehen soll.

Für uns ist klar, dass wir Desintegration eine klare Absage erteilen. Wir streiten für eine vertiefte europäische Integration und wenden uns gegen weitere Regionalisierungen von Entscheidungen und Sozialabbau. Wir wollen den europäischen Austeritätsprozess beenden, für Griechenland und weitere sogenannte Schuldenstaaten einen Schuldenschnitt erreichen und die Banken zur Finanzierung der Sozialstaatskrisen heranziehen. Wir wollen Kapitalverkehrskontrollen einführen und der Freizügigkeit des Personenverkehrs endlich den Vorrang gewähren. Wir wollen in einen europaweiten Verfassungsprozess eintreten, der Sozialstaatlichkeit, wirtschaftlichen Ausgleich, ökologische Nachhaltigkeit, eine substantielle Demokratisierung und Solidarität seine Fundamente nennt.

Berlin/Leipzig, 6. Oktober 2016

** Luise Neuhaus-Wartenberg (MdB) und Dominic Heilig sind Bundessprecher*innen des Forum Demokratischer Sozialismus (fds) und Mitglieder des Parteivorstandes*

*** Matthias Klätte ist Bundesgeschäftsführer des Forum Demokratischer Sozialismus (fds)*